



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/187

8. Dezember 1949

Die Mittler-Rolle der Kirche

R.D. Nach 1945 haben die Kirchen über ihre charitative Anteilnahme vor 1933 hinaus am wirtschaftlichen Leben unserer Zeit Anteil genommen und standen zeit- und teilweise sogar positiv auf dem Boden einer grundsätzlichen Strukturänderung unserer Wirtschaftsordnung.

Auch z.Z. sind sie an der Debatte um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft beteiligt. Aber soweit sie sich nicht traditionell-konservativ für die unveränderte Erhaltung des Besitzstandes und damit der Machtverteilung in der Wirtschaft einsetzen, ziehen sie sich vielfach auf eine betont passive "Mittlerrolle" zurück, die sie der direkten Verantwortung enthebt und in der Praxis die gegenwärtige Verteilung von Besitz und Macht als gegeben anerkennen lässt. Es gibt nur wenige Mutige, die nach wie vor für eine grundlegende Änderung eintreten.

In Königswinter sprach z.B. letzthin der niedersächsische Landesbischof D.Dr.Lilje vor Arbeitnehmern und Arbeitgebern von christlicher Verantwortung des Individuums vor Gott, von den Grenzen der Organisationen, vom notwendigen Mut, das gegenseitige Misstrauen zu überwinden und das Wagnis des Vertrauens zu übernehmen. Er erläuterte die Rolle der Kirche als die der Mittlerin zwischen den Sozialpartnern, die nicht herrschen, sondern dienen müsse und nicht die Behandlung sozialer Fragen mit dilettantischen Ratschlägen beeinflussen solle. Er hat es sicherlich gut und ehrlich gemeint. So gut und ehrlich hoffentlich, wie ein gewisser Nazarener 2000 Jahre vor ihm, der sagte: "Wirf deinen Reichtum von dir und folge mir nach". Sein Ziel war die Überwindung des individuellen Vorteils zugunsten sozialer Gerechtigkeit

Heute ist der Unternehmer als Sozialpartner weniger denn je "Individuum". Er ist zwar nur Teil, aber gleichzeitig Repräsentant einer festgefügtten industriellen Organisation, nämlich seines Unternehmens, und darüber hinaus zumeist Angehöriger der verschiedenartig-

sten unternehmerischen Organisationen (Kammern und Verbände). Allenfalls steht noch der einzelne unorganisierte Arbeitnehmer solch

hochorganisierter Erscheinung als "Individuum" gegenüber, dann aber schutzlos, Objekt betrieblicher, unternehmerischer oder volkswirt-

schaftlicher Notwendigkeiten und der Spekulation. Jahrtausende des Apells an die Moral und das christliche Gewissen haben nichts daran

geändert. Die Jahrzehnte aber, in denen sich die Arbeitnehmer auf die Kraft der Gemeinschaft besannen, auf die Organisation, haben

ihnen die Befreiung von der völligen Abhängigkeit und den Weg zum freien Individuum gebracht. Und das hat harte Kämpfe gekostet, bei

denen die Kirche nicht auf der Seite der Arbeiter stand.

Nun pochen die organisierten Arbeiter darauf, als "Partner" im wirtschaftlichen Gefüge unserer Gesellschaft anerkannt zu werden.

Ihre Erfahrung erstickte in ihnen den Glauben an und das Vertrauen in die primär sittlichen Motive unternehmerischer Geschäftigkeit. Sie

kennen die wahren letzten Beweggründe - Sicherung der materiellen Existenz. Gewiss - auch ihnen geht es darum, und sie halten dieses

Streben sogar für das dynamische Prinzip unseres gesellschaftlichen Fortschritts. Nur in einem unterscheiden sie sich von dem anderen:

die Produktionsmittel, der Prozess der Erzeugung und sein Ertrag sollen von den Partnern gleichberechtigt verwaltet und verteilt werden.

Ihr Ziel ist die Überwindung des übermässigen, ungerechtfertigten individuellen Vorteils zugunsten der sozialen Gerechtigkeit. Erst

dadurch werden die Individuen vor Gott und den Menschen gleich.

Maximale soziale Gerechtigkeit ist das grosse Ziel. Und hierzu ihr Möglichstes beizutragen, so scheint es uns, ist die entscheidende

Aufgabe der Kirche in unserer Zeit. Sie darf sich nicht mit Appellen und der Aufforderung begnügen, "das Wagnis des Vertrauens zu überneh-

men". Glauben und Vertrauen sind unbestritten religiöse Reservate. Im Bereich der ökonomischen Wirklichkeit dominieren Erfahrung und Wissen.

Jeder Versuch, hier in die metaphysischen Bereiche des Glaubens auszuweichen, beruht auf einer völligen Verkennung der Funktion der ma-

teriellen Macht. Die Kirche selbst wird ihre Mittler-Rolle nicht darin verstanden wissen wollen, dass sie sie zur Stützung des individuel-

len Besitzes gebraucht hätte. Dem Prinzip der religiösen Gemeinschaft entspräche am ehesten noch das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit.

In Bonn Föderalisten, in München Zentralisten

(sp.) München, im Dezember

Im Bundestag gab es vor kurzem ein erheitendes Intermezzo zwischen Abgeordneten der CSU und der Bayernpartei, das damit endete, dass sich die bayerischen Streithähne gegenseitig vorwarfen, den Föderalismus zu schädigen. Zwar ging der Streit im Lärm einer grösseren Sache unter, aber er blieb nicht unbeachtet. Schmunzelnd, schadenfroh oder verärgert, je nach Temperament, nahmen die zuschauenden Nichtbayern den Streit zur Kenntnis.

Schon beim Ringen um das Grundgesetz haben die Bayern, gemeint sind die Altbayern, die in Ludwig Thoma einen bisher unübertroffenen Interpreten gefunden haben, diese Bayern also haben schon beim Grundgesetz zu erkennen gegeben, dass sie den Föderalismus bis zu seiner extremsten Form gepachtet haben. Aber nur im Ausland, in Bonn etwa, sind die Bayern Föderalisten. Zu Hause, in München, triumphiert der auswärts so hartnäckig bekämpfte Zentralismus. Davon wissen die beiden Volksstämme, die sich unter den "Völkern Bayerns" ethnisch am stärksten von den Altbayern unterscheiden, die Franken und Schwaben, ein Lied zu singen und sie singen dieses Lied z.Z. sehr kräftig.

Die Schwaben haben eine "Schwäbische Forschungsgesellschaft" gegründet, die Franken die "Fränkische Arbeitsgemeinschaft (FAG)". Beide Organisationen, die eine beträchtliche Anhängerschaft hinter sich wissen, streben eine Autonomie im Rahmen des bayerischen Staates an. Die Schwaben wollen nicht alljährlich einen Canossagang nach München um die Zuschüsse für Schulen und Theater unternehmen. Das hat kürzlich ein schwäbischer Abgeordneter im bayerischen Landtag gesagt und er gehört, was besonders bemerkenswert ist, der CSU an. Eine der treibenden Kräfte der "Fränkischen Arbeitsgemeinschaft" ist August Haussleiter, bis vor kurzem noch stellvertretender Landesvorsitzender der CSU. Die Autonomisten sind also keineswegs nur Anhänger der heutigen bayerischen Oppositionsparteien, der Münchner Zentralismus hat seine Gegner auch in der Regierungspartei gefunden.

Der FAG gehören prominente Männer an: Bundesminister Dehler, der FDP-Abgeordnete Korff, der SPD-Abgeordnete Pitroff, der Regierungspräsident von Mittelfranken, Dr. Schwägerle, u.v.a.m. Die durch die systematische Zentralisation bedingte kulturelle und wirtschaft-

liche Benachteiligung Frankens ist es, was die FAG bekämpfen will, ferner die zwangsweise Gleichschaltung durch Hundhammers altbayerisch-katholische Kulturpolitik, die im protestantischen Franken immer weniger Anklang und immer mehr Gegner findet. Darum wird die FAG in die bayerischen Landtagswahlen im kommenden Frühjahr eine neue Note bringen. Sie wird den fränkischen Wählern empfehlen, nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, "die sich verpflichtet haben, die Interessen des fränkischen Landes im Landtag mit Nachdruck zu vertreten".

Die Franken wollen nicht das 13. Bundesland werden, sie wollen bei den Bayern bleiben, wie Napoleon einst befahl. Aber sie wollen in ihrem eigenen Hause mehr zu sagen haben. Was den Altbayern in Bonn recht ist, sollte den Franken und Schwaben in München billig sein; ein Verlangen, dem sich die Bayern auf die Dauer nicht werden entziehen können.

In Bonn Wasser predigen und in München Vollbier trinken, ist eine Moral mit kurzen Beinen. Sie ist denn auch schon von den beweglicheren Franken und den hartköpfigen Schwaben eingeholt worden. Und München wird umso eher nachgeben müssen, je weniger die Franken und Schwaben daran denken, die deutschen Vaterländer zu vermehren.
(m/2/812/hs)

Bonner Rückzugsgefechte

sp. Auch die Bundesregierung scheint sich jetzt widerstrebend mit der Ansicht zu befreunden, dass man die Flüchtlinge aus der Ostzone nicht mit Polizeigewalt wieder aus dem Bundesgebiet verweisen kann. Nachdem der Rechtsausschuss des Bundesrates jede Abschubmassnahme als verfassungswidrig beurteilt hat und von sozialdemokratischer Seite immer wieder auf die Konsequenzen hingewiesen wurde, die eine Sperrung der Zonengrenze nach sich zöge, scheint man jetzt in Bonn unter dem Druck des schlechten Gewissens doch zu den bisher verworfenen Einsichten zu kommen. Dass man dabei versucht, die ursprüngliche politische Tendenz zu vertuschen und sich selbst als den wahren Anwalt der Ostzonen-Flüchtlinge aufzuspielen, kann nur als Rückzugsgefecht gewertet werden.

Der Anlass zu dieser Feststellung ist eine Meldung, die die dem Bundeskanzler nahe stehende "Kölnische Rundschau" über den Empfang der Sprecher des Uelzener Flüchtlingsmarsches brachte. Sie enthält unter der Überschrift "Länderminister hatten taube Ohren" sachliche

Uprichtigkeiten, die nicht unwidersprochen bleiben können. Die Flüchtlinge hätten gehofft, schon in Niedersachsen mit ihrem Anliegen gehört zu werden, heisst es da, aber kein Ministerium hätte sich mit ihnen befasst, obwohl sich auch der Bundesflüchtlingsminister

in diesem Sinne beim niedersächsischen Flüchtlingsminister Albertz für sie eingesetzt habe. Das ist die genaue Umkehrung des wahren

Sachverhaltes. Das Interesse Dr. Lukascheks für den Flüchtlingszug bestand in der Aufforderung, diesen Menschen den Weg nach Bonn zu ver-

sperrern und sie mit Polizeigewalt nach Uelzen zurückzuführen. Dieses Ersuchen fand allerdings taube Ohren.

Es bleibt aber darüber hinaus weiterhin festzustellen, dass das Anliegen des Flüchtlingszuges, nämlich das Problem der illegalen

Grenzgänger aus der Ostzone endlich zu klären, gar nicht in Hannover entschieden werden kann, sondern nur in Bonn. Der Bundesminister

für Flüchtlingsfragen ist ausdrücklich durch das Grundgesetz ermächtigt und verpflichtet, die Flüchtlingsfrage aus der Länderverantwortung

zu nehmen, um die "stellvertretende Lastnahme" der Flüchtlingsländer zu beenden. Wenn der Bundesflüchtlingsminister nun in einer

entscheidenden Frage eine Schwenkung um 180° vollzieht, so kann man eine solche Handlungsweise nicht mit einer Verdrehung der Tatsachen

kaschieren.

H.I.

SPD tagt in Berlin

sp. Am 8. Januar findet in Berlin ein Landesparteitag der SPD statt, dem eine Landesvorstandssitzung vorangehen wird. Vorher tritt am 5. und 6. Januar in der August-Bebel-Schule der Gesamtvorstand der Partei zusammen, der damit zum ersten Mal seit dem Kriegsende in Berlin tagt. Für den 7. Januar ist eine Pressekonferenz vorgesehen und der 9. Januar ist der Tag einer Gross-Kundgebung der Partei in Berlin. Das Hauptreferat auf dem Landesparteitag wird Dr. Kurt Schumacher halten, und zwar voraussichtlich über ein grundsätzliches Thema der sozialdemokratischen Politik, das etwa unter dem Leitgedanken "Die Sozialdemokratie in Staat und Gesellschaft" stehen dürfte. Auch auf der Gross-Kundgebung wird Dr. Schumacher sprechen, der sich in diesen Tagen dann zum ersten Mal wieder seit zwei Jahren in Berlin aufhalten wird.

600 Briefe täglich. (sp.) Täglich 600 Briefe, nicht eingerechnet die Eingänge bei den bezirklichen Organisationen der SPD, erreichen die Kriegsgefangenenhilfe der SPD aufgrund der Aktion zur Ermittlung von nicht bestellbarer Kriegsgefangenenpost, die in Gemeinschaft mit dem Amt zur Erfassung der Kriegsoffer durchgeführt wird.
